

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Donnerstag, den 30. Oktober 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl hat sich konstituiert und besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, W. Pape, stellvertretender Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassirer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer. Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50. Das Wahlkomitee.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 28. Oktober 1902.

Aus dem Reichstag. Graf Posadowsky hat gesprochen. Endlich, endlich! Lange Tage hat er schweigend dageharrt. Alle Reden pro und contra ließ er über sich ergehen; alle Angriffe von rechts und links ertrug er mit wahrer Lammergehuld; die schärfsten Peitschenhiebe vermochten ihn nicht aus seiner Ruhe aufzuschrecken. Freilich war die Ruhe nur eine äußerliche. Der Reichsgraf des Innern ist erschüttert gealtert; man konnte fast von Tag zu Tag verfolgen, wie sein Gesicht um eine Nuance blässer, sein langer Bart um einen Ton grauer wurde. Amt und Ruf und Stellung stehen für ihn auf dem Spiele; und er hat nicht den Bülow'schen cavalermäßigen Gleichmuth, der über alles Mißgeschick hinweghüpft. — Das Haus war im Allgemeinen schwach besetzt; nur gegen Mitte der Sitzung, eben zur Zeit der Posadowsky'schen Rede, füllte sich der Sitzungssaal; doch war auch in jener Stunde wohl kaum eine beschlußfähige Anzahl beisammen. — Erster Redner dieses Tages — aber nur der Zeit nach — war Graf Kanitz, der nichts Neues vorzutragen wußte. Ebenfalls Originalität war in den Ausführungen des Nationalliberalen Depken zu finden, der als freiwilliger Regierungskommissar fungierte. Der Freisinnige Zwick bemerkte sehr richtig, daß das Verbot der Fleischverheuerung dient. — Die verfahren parlamentarische Situation skizzierte ebenso kurz wie meisterhaft der Genosse Segitz, der nochmals nachdrücklich die Fleischzölle bekämpfte und insbesondere die arbeiterfeindliche Zollpolitik des Zentrums scharf ins Gebet nahm. — Und nun sprach Posadowsky. Es ist anzuerkennen, daß er sich mit dem einschlägigen ebenso umschichtigem wie schwierigen Material in ganz anders eingehender Weise beschäftigt hat, als sein Vorgänger Bülow und sein „urindischer“ Kollege von der Landwirtschaft und dem Kaufmann. Graf Posadowsky ist fleißig — unfraglich. Aber er ist Bureaukrat, er ist Graf, er ist Ostelbier: diese seine dreifache Eigenschaft macht es ihm unmöglich, aus dem Bannkreis des Junkertums hinauszukommen. Ein kleines Körnchen Wahrheit liegt in dem alten Worte, daß ein Amt auch Verstand giebt; Posadowsky sieht immerhin weiter, als ein belästigter Latifundiarier aus Ostpreußen oder ein obskurer Krautjuener aus Pommern oder der Mark Brandenburg. Er weiß, daß man im 20. Jahrhundert einen Großstaat nicht rein agrarisch regieren kann. Aber wie Schopenhauer so schon dargelegt hat: der Wille ist mächtiger als der Intellekt. Die Einsicht, die sich der Minister Posadowsky erworben hat, ist nicht stark genug, die agrarischen Neigungen des Grafen Posadowsky zu bändigen. Er giebt seinen agrarischen Standesgenossen neun Zehntel ihrer Forderungen und beschwört sie, doch um des Himmels und des lieben Friedenswillen von dem letzten Zehntel zu lassen. Dabei kennt er seine Wappenheimer genau genug, um zu wissen, daß sie so leicht von ihren Forderungen auch nicht ein Jota ablassen. So klang denn seine Rede sehr resigniert, man möchte sagen schwanenlieb. Es war so etwas wie ein politisches Schwanenlied, das Graf Posadowsky heute sang. — Das Bravo! das auf die Rede des Grafen Posadowsky von Seiten der Mehrheit erfolgte, klang sehr gedrückt; die Weigerung, auf die Kommissionsvorschläge einzugehen, neutralisierte völlig den guten Eindruck, den manche Theile der Ausführungen des Staatssekretärs bei den Zollparteiern gemacht hatten. Die Nationalliberalen waren es, die wieder die Hauptkosten des schwachen Beifalls trugen.

Nach dem Staatssekretär sprach Herr Trimborn vom Zentrum — in noch höherem Distanz, als gewöhnlich. Bebel's Ausführungen vom Sonnabend haben den zollwichtigen Vertreter der Großstadt Köln arg nervös gemacht: er sittet um sein Mandat, wenn er sich auch den Anschein des Gegentheils giebt. Die Theorie der politischen doppelten Buchführung — als Reichstags-Abgeordneter und Stadtvorstand von Köln — die er vortrug, entfesselte wahre Lachstürme auf der Linken.

Den Schluß des Tages bildete eine ausgezeichnete Rede unseres Genossen Gase-Königsberg. Er bewies die von der Mehrheit fast geleugnete Fleischnoth an der Hand eines unanfechtbaren Zahlenmaterials und — durch die Zugeständnisse so unanfechtbarer Zeugen, wie des Oberpräsidenten von Ostpreußen und des Regierungspräsidenten von Königsberg. Mit berechtigter Ironie charakterisierte er die Art und Weise, wie die Regierung sich ihre Informationen von den — Bundeshäuptlingen holt.

Es war gegen 7 Uhr, als die Sitzung schloß. Trotzdem will die Mehrheit morgen wieder bereits um 12 Uhr mit der Danaidenarbeit beginnen.

205. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, v. Podbielski.

Die zweite Berathung des Zolltarifgesetzes (Mindestzölle für Rindvieh) und der betr. Position des Zolltarifs (102) wird fortgesetzt.

Graf Kanitz (K.) nimmt die Thierärzte gegen die Vorwürfe der Abgg. Dr. Müller-Sagan und Bebel in Schutz. Was die Fleischverheuerung anlangt, so möchte ich es den Verwaltungen der großen Städte dringend ans Herz legen, gleich Berlin die Schlachtsteuer abzuschaffen. (Sehr richtig! rechts.) An der Preistreigerung sind lediglich die Machinationen der Händler Schuld. In England liegt die Thuerung daran, daß die Zufuhr aus Australien bedeutend zurückgegangen ist. Auch in Amerika sind die Preise außerordentlich hoch. Daß dieses Land trotzdem zu so billigen Preisen Fleisch ausführt, liegt daran, daß zu der Zufuhr nur minderwertiges Fleisch benutzt wird. Die gute Waare behalten die Amerikaner selber. Eine Deffnung der Grenzen würde unseren Viehbestand der Verheuerungsgesfahr aussetzen. Es wird immer auf Dänemark hingewiesen, wo die Landwirtschaft ohne Zölle so günstig steht. Die Herren vergessen dabei, daß Dänemark gegenüber dem Auslande eine absolute Grenzperve für Vieh durchgeföhrt hat. Die Linke verlangt immer billiges Brod, billiges Fleisch und hohe Löhne. Alle drei Wünsche sind gleichzeitig unerfüllbar. Schaffen Sie einen kaufkräftigen Bauernstand, dann wird auch die Industrie für ihre Produkte im Inlande genügend Absatz finden. (Beifall rechts.)

Depken (Nl.) spricht sich für die Regierungsvorlage aus.

Dr. Zwick (Fv.): Wir sind mit dem Grafen Kanitz durchaus der Meinung, daß da, wo wirklich Seuchengefahr vorliegt, die Grenze gesperrt werden muß. Daß die Forderung: billiges Fleisch, billiges Brod und höhere Löhne nicht so bald erfüllt werden kann, geben wir zu. Um sie aber der Verwirklichung näher zu führen, brauchen wir günstige Handelsverträge. (Sehr richtig! links.) Herr von Podbielski behauptete, das Vorsäureverbot sei von Frankreich und der Schweiz längst eingeföhrt; er hat aber vergessen hinzuzufügen, daß es in Frankreich schon nach zweimonatlichem Bestehen so gut wie gar nicht mehr beobachtet wird. (Hört, hört! links.) Seit 40 Jahren wird in Deutschland in- wie ausländisches Fleisch mit Vorsäurepräparaten konservirt und niemals ist ein Fall von Vergiftung oder sonstiger Schädigung vorgekommen. (Hört, hört! links.) Geheimrath Liebreich hat die Behauptung von der Gefährlichkeit der Vorsäure bündig widerlegt. (Hört, hört! links.) Das Vorsäureverbot, durch das der Inlandkonsument gezwungen werden soll, nur inländisches Fleisch und zwar zu höheren Preisen zu konsumiren, liegt durchaus im einseitigen agrarischen Interesse; darum bekämpfen wir es und verlangen seine Aufhebung oder doch seine Milderung. (Beifall links.)

Segitz (Sd.): Die Vertheidiger des Zolltarifs gelangen von den entgegengesetzten Ausgangspunkten zu demselben Resultat, daß die Zölle erhöht werden müssen. Herr Dr. Becker spricht von einem Tiefstand der Landwirtschaft, Herr Depken behauptet, daß sie auf der Höhe der Zeit steht; aber Zollerhöhungen wollen beide haben. Die Thatfache der Abhängigkeit der Kreisvthierärzte — wie sich schon aus ihrem Jahresgehalt von ganzen 600 Mark sich ergibt — bleibt bestehen, auch wenn Graf Kanitz von keinem bestimmten Falle etwas vernommen hat. — Was die Aufhebung der städtischen Schlachtsteuer betrifft, so haben meine politischen Freunde in der Kommission die Einföhrung eines dahinszielenden § 10a beantragt, ein Theil der Konservativen hat aber gegen diesen § 10a gestimmt. (Hört, hört! links.) Die Erhöhung der Fleischpreise hat Graf Kanitz zum Theil auf den Zwischenhandel, insbesondere auf die Prager, zurückgeföhrt. Wir sind im bayerischen Abgeordnetenhaus längst für die Beseitigung des Fleischkonsums strenger, dann verschaffen Sie nur zunächst den deutschen Arbeitern amerikanische Löhne; das andere wird sich dann schon finden. — Herr Dr. Spahn, der es dem Abg. Bebel übel nahm, daß derselbe eine Klärung der politischen Situation forderte, hofft immer noch auf eine Verständigung zwischen Reichstagsmehrheit und Regierung auf Grund der Kommissionsbeschlüsse; auch Herr Semler warnte vor einer Reichstagsauflösung. Man mag von der Regierung so geringschätzig denken, wie man will: nach ihren wiederholten bündigen Erklärungen muß ihr Eingehen auf die Kommissionsbeschlüsse ausgeschlossen erscheinen. Andererseits kann auch nach den Erklärungen seiner Führer das Zentrum nicht umfallen; es wird wahrcheinlich nach den Wahlen umfallen; dann allerdings wird es wohl soviel Leute stellen, als nöthig sind, um Handelsverträge auf Grundlage der Regierungsvorlage durchzubrüden. Fällt das Zentrum vor den Wahlen um, so laufen ihm sowohl die Arbeiter wie die Bauern fort. Wenn demnach eine Verköndigung ausgeschlossen erscheint, so hat die Rederei hier im Reichstag keinen Zweck. (Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.) Wir werden uns alle Mühe geben, die Vorlage zum Fall zu bringen. Ueber die Lebensinteressen des deutschen Volkes kann man nicht im Handumdrehen weggehen. Ein etwaiger Besuch von Ihrer Seite, eine eingehende Berathung zu hindern, dürfte nicht leicht zum Ziele führen. Nach der Behauptung der „National-Zeitung“ besteht im Zentrumstreifen Neigung

für eine Aenderung der Geschäftsordnung. Nun, Herr Nischbichler kann ja seinen norddeutschen Kollegen berichten, auf welche unüberwindliche Schwierigkeiten das bayerische Zentrum bei einem derartigen Versuch gestoßen ist. Zu einer wirklich gründlichen Berathung reicht aber die Zeit bis zum 15. Juni keineswegs aus. Das Beste wäre also, die Bude zuzumachen und das grausame Spiel zu beenden. (Lebh. Zustimmung links.) — Für die Wandlung, die das Zentrum durchgemacht hat, ist es bezeichnend, daß Herr Becker erklärte: wenn wir einen Bismarck hätten, bräuchten wir keine Mindestzölle. Somit bringt der Sohn des früheren Kanzlers, der gegen die Kommissionsbeschlüsse gestimmt hat (Widerpruch rechts), der Regierung mehr Vertrauen entgegen, als das Zentrum. Was an der Behauptung des Dr. Spahn ist, daß der Zolltarif auch im Interesse der Arbeiter läge, hat ihnen die Millionspetition gegen den Tarif gezeigt, die besonders zahlreiche Unterschriften, namentlich auch in den katholischen Gegenden Bayerns und Schlesiens gefunden hat. Daß ein Theil der Landwirthe — ebenso wie breite Kreise des Mittelstandes und namentlich der Arbeiter — sich in Noth befinden, hat entgegen der Behauptung des Herrn Spahn mein Freund Bebel keineswegs geleugnet. — Wäre die Landwirtschaft wirklich soweit herabgekommen, wie Herr Becker behauptete, so wäre der einzige Ausweg die Verstaatlichung (Sehr richtig! b. d. Soziald.). Auf keinen Fall können wir es verantworten, das ganze Volk zu belasten zu Gunsten einer kleinen Klasse, in der noch halbasiatische Zustände herrschen. (Gehtertkeit rechts.) Wegen dieser Stellungnahme bezeichnet man uns als Feinde der Landwirtschaft, wie uns Herr Heim wegen unseres Eintretens gegen den Gerstenzoll als Vertreter der Großbrauer hinzustellen wußte. Nach der Behauptung der Rechten sind alle Zollgegner, also auch die Herren Köstler, des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft. Die Lücke dieser Umföhrer ist mit den genannten Namen aber keineswegs erföhrt. Auch die Zentrumspartei hatte früher über Zollerhöhungen ganz andere Anschauungen als jetzt. Im Abg. der Zentrumspartei wird mit Entschiedenheit die Vermehrung der indirekten Steuern gesprochen; die Partei erklärt, sie werde „nicht verfehlen, die bestehenden Härten zu beseitigen“ (Hört, hört! links) und dafür zu sorgen, daß „die Verbrauchsartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet werden“. (Hört, hört! links.) Wie steht Ihr jetziges Verhalten (zum Zentrum) von diesen Versprechungen ab! Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Ausführungen der Herren Peter Reichensperger, Dr. Windhorst, Dr. Jäger usw. gegen Zollerhöhungen auf Lebensmittel anführen; doch wird sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen bessere Gelegenheit dazu finden. Die schwächliche Haltung der Regierung ist es, die die Agrarier zu immer höher geschraubten Forderungen anreizt. Von den Ministern scheinen manche über die einschlägigen Verhältnisse recht wenig orientirt zu sein. So ein Minister hat ja auch viel wichtigere Sachen im Kopfe; er muß u. a. dafür sorgen, daß an der kaiserlichen Tafel der Schweinebraten nicht fehlt, weil das dem Patriotismus Abbruch thun könnte. (Sehr gut! bei den Soz.) Kein Wunder, daß einem solchen Minister das Bestehen der Fleischnoth unbekannt ist. Daher kommt es denn auch, daß der Herr Landwirtschaftsminister die einschlägigen Zahlen nicht kennt, die für jeden, der sie kennt, eine so deutliche Sprache reden, daß weitere Einreden eigentlich überflüssig sind. Eine deutliche Sprache redet die Zunahme der Pferdebeschlächtungen, die für 30 Städte in diesem Jahre durchschnittlich 20 pCt. betrug. Gegen solche Thatfachen verlangen die Behauptungen nichts, daß die Zollerhöhung nicht im Preise des Fleisches zum Ausdruck gelangt. — Herr Gamp rief den Arbeitern zur Gründung von Konsumvereinen. Wo Sie (nach rechts) aber die Mehrheit haben, da machen Sie den Konsumvereinen alle möglichen Schwierigkeiten; auch in der bayerischen Kammer haben Zentrumsabgeordnete wiederholt schärfere Maßnahmen gegen Konsumvereine verlangt. Am meisten wird der Tarif den Gewerkschaften schaden und das wird wieder zur Folge haben, daß statt der Erhöhung eine Herabsetzung der Löhne eintreten wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) — In den Kreisen der katholischen Arbeiter, über die das Zentrum jetzt noch aus konfessionellen Ursachen Gewalt hat, entfesselt die Haltung des Zentrums in der Zollfrage einen Sturm, der nicht so leicht zu beschwichtigen sein wird. Ein katholischer Arbeiter erklärte in einer sozialdemokratischen Versammlung im Rheinland, die der Arbeitersekretär Hofrichter-Köln abhielt, jeder Arbeiter, der einen Anhänger des Zollmachers wähle, begehe ein Verbrechen an sich und seiner Familie. Und das ist nicht die Aeußerung eines einzelnen Mannes, sondern der Ausdruck einer allgemeinen Stimmung. Das Zentrum thut Recht daran, eine Auflösung zu fürchten; unter den Preistreigerungen, die seine Zollpolitik im Gefolge hat, haben selbstverständlich auch die katholischen Arbeiter zu leiden. Eine Steigerung der Preise wird den Konsum senken; das würde wieder auch die Preise fallen machen; aber was hat dann die Landwirtschaft davon? Ihr zu helfen, dazu sind andere Mittel besser, als dieser Tarif, den wir mit allen parlamentarisch zulässigen Mitteln zu Falle bringen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es sind in den letzten Tagen Behauptungen gefallen, denen ich widersprechen muß, obgleich es mir aus psychologischen Gründen äußerst unangenehm erscheint, ob bei der Stimmung des Hauses überhaupt noch sachliche Erwägungen darauf rechnen können, einmal gefasste Ueberzeugungen zu ändern. Die Behauptung, der Tarifentwurf der Regierung belaste

die ärmeren Klassen schwer, schwebt, wie ich schon in der Kommission angeführt habe, in der Luft. Die Einwirkung der Getreidezölle auf die Gestaltung des Inlandpreises ist nicht voraus zu bestimmen, ebensowenig, wer den Zoll zu tragen hat und wie infolge des Zolles sich die Entwicklung des inneren Getreidebaues gestalten wird. Nur das steht fest: die Zölle verhindern ein weiteres Sinken des Preises und sie bilden einen Unterschied zwischen dem Inlandpreis und dem Weltmarktpreis. Das Entscheidende aber ist und bleibt der Weltmarktpreis. — Es ist mir einmal sehr verübelt worden, daß ich mich in der Kommission auf einen sozialdemokratischen Schriftsteller bezogen habe. Derartige Angriffe lassen mich kalt, ich nehme das Gute, wo ich es finde. — Der Abg. Schippel hebt in seinem bekannten Werke besonders hervor, daß alle deutschen Getreidezölle mit Einschluß des Steuerzolles ein Sinken der Getreidepreise nicht haben hindern können. (Wiederholte Ausrufe: hört, hört! rechts.) Große Unruhe bei den Sozialisten. Wenn ich derartige Sätze aus einem konservativen Schriftsteller zitierte, so würde man vielleicht ihre Glaubwürdigkeit anzweifeln können; so aber gehört der Verfasser einer Partei an, die von uns von vorgeschlagenen Tarif aus schließlich befehlet. Wenn wir heute den Landwirthen einen Zoll gewähren, der um 50 Pf. höher ist, als der bestehende autonome Tarif, so wird dadurch nur die inzwischen erfolgte weitere Verringerung der Transportkosten ausgeglichen. Beim Roggenzoll wird den Landwirthen nur das gewährt, was sie bereits haben. — Ich gestehe zu, daß die Landwirtschaft, wie behauptet worden ist, sehr daran interessiert ist, 3—400 000 Arbeiter mehr zu besitzen. Aber das ist ja gerade der *circulus vitiosus*. Zur Zeit der industriellen Blüte strömt alles in die Städte; selbst bei hohen Löhnen sind alsdann die Arbeiter nicht auf dem Lande zu halten. (Sehr richtig! rechts.) Nicht nur den Großgrundbesitzern fehlt es an Arbeitern, sondern auch den kleinen Bauern, die ohne Gehilfen nicht existieren können. In meiner Heimath, in Schlesien, sind die Verhältnisse so schlimm, daß einem das Herz brechen könnte. — Davon bin ich überzeugt, daß man mit polizeilichen Maßnahmen die Leute nicht auf dem platten Lande halten kann. Um die ländlichen Arbeiter auf die Dauer zu halten, muß man ihnen gleiche Existenzbedingungen mit den industriellen Arbeitern geben. (Rebh. Zustimmung links; große Unruhe rechts.) Das kann die Landwirtschaft aber nur, wenn sie dazu finanziell im Stande ist. (Sehr wahr! rechts.) Ich begreife nicht, wie man gleichzeitig eine Steigerung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen fördern und sich über die hohen Preise beschweren kann. Das eine schließt das andere aus. Der allergrößte Theil der landwirtschaftlichen Produktionskosten liegt in den Leutenelöhnen. Hohe Leutenelöhne und niedrige Preise sind absolut unvereinbar; sie müssen den Mann jedes Grundbesitzes herbeiführen. Man verweist immer auf England. Entweder kennen Sie England nicht oder ich kenne es nicht. (Gr. Heiterkeit.) In England ist der Großgrundbesitz nicht mehr Erwerbsquelle, sondern Luxusbesitz. (Sehr richtig! rechts.) Besteht zum großen Theil aus Jagdgründen. Das Einkommen stammt aber aus ganz anderen Quellen. In keinem Lande der Welt hat sich die Landwirtschaft so gefährlich entwickelt, wie gerade in dem reichhaltigsten England. In Deutschland liegen die Verhältnisse demgegenüber wesentlich günstiger, aber ich bin auch heute noch der Ansicht, daß es ein Fortschritt für die östlichen Provinzen wäre, wenn die Zahl der kleinen Grundbesitzer auch dort wesentlich vermindert würde. Ich hoffe, daß die Zeit kommen wird, wo es politisch und finanziell möglich sein wird, auch in anderen Provinzen Anhebungs-Kommissionen zu gründen, als nur in Posen und Westpreußen. Aber Sie irren, wenn Sie glauben, daß der Bauer eines weit geringeren Zollsbedarfes bedarf, wie der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Bauern bedürfen eines Zollsbedarfes gegenüber Ländern, die unendlich viel billiger produzieren, als wir jemals können. Man hat heftige Angriffe gerichtet gegen den Erlass des Fleischbeschaugesetzes. Daß aus sanitären Gründen eine Fleischbeschau notwendig war, darüber herrschte seiner Zeit Einstimmigkeit. Wenn man aber für das deutsche Vieh eine solche Fleischbeschau einführt, dann konnte man unmöglich das ausländische Vieh ununtersucht hereinlassen, und man mußte diejenigen Fleischwaren von der Einfuhr ausschließen, bei denen eine Untersuchung unmöglich war. Uebrigens ist die Einfuhr von Wärsen und Wärsenfleisch so minimal, daß sie unmöglich einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Ernährung des Volkes ausüben konnte. Was die Frage der Fleischversorgung anlangt, so ist hinreichend nachgewiesen, daß der Viehstand im Verhältnis zur Bevölkerung der gleiche geblieben ist. Ich habe mich gefreut, daß auch von sozialdemokratischer Seite zugegeben wurde, daß sich der Viehstand im Verhältnis zur Bevölkerung der gleiche geblieben ist. Ich habe mich gefreut, daß auch von sozialdemokratischer Seite zugegeben wurde, daß sich der Viehstand im Verhältnis zur Bevölkerung gehoben hat. Früher wurde das von den Herren behauptet. Die Grenzen vollständig zu öffnen, ist unmöglich. Es giebt zwei Wege, die Viehweiden zu betämpfen. Erstens kann man die Grenzen absolut frei machen, aber unter der Voraussetzung, daß dann rüchsiglos jedes Stück Vieh, das krank benommen wird, getödtet wird. Daraus folgt natürlich die Pflicht der Entschädigung, die ganz unerschwinglich sein würde. Erst kürzlich ist in Mannheim die Maul- und Klauenseuche aufgezeichnet, und es ist mit ziemlicher Sicherheit festgestellt worden, daß sie durch Einfuhr überreichlichen Viehs verursacht ist. (Hört, hört! rechts.) Die Angriffe gegen das Fleischbeschaugesetz sind auch jaßlich haben wir die ausgerechneten Sachverständigen für das Verbot. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.) Freilich giebt es Gelehrte, die anderer Meinung sind, aber das ist in Deutschland nicht Neues. Ich beklage diese Erscheinung auch nicht; in ihrer Wurzel der Fortschritt der Wissenschaft. Wollte das Bundesrath warten, bis alle Gelehrten in einer Frage einig sind, dann könnte er so lange warten, bis Lira und Pfingsten auf einen Tag fallen. (Große Heiterkeit rechts.) Ich will noch auf zwei Behauptungen eingehen. Es ist gesagt worden, die Regierung hätte ursprünglich einem Grenz Zoll von 4 Mk. zugestimmt, die zweite ist die, die Regierung habe sich dem vom wirtschaftlichen Ausschuss beschlossenen Doppeltarif angegeschlossen. Beide Behauptungen sind völlig unrichtig. Der wirtschaftliche Ausschuss ist doch nur eine beratende Körperschaft, die keine Beschlüsse zu fassen hat. Es ist mir auch sehr zweifelhaft, ob wir mit einem allgemeinen Doppeltarif leichter hätten operieren können, als mit dem jetzt angedachten Tarif. Aber schon die Eröffnung der Handelszölle für die 4 Hauptgetreidearten hat die schärfsten Anfechtungen erfahren. Dennoch sind wir dazu gekommen, wesentlich aus folgenden Gründen: Einmal wollten die verschiedenen Regierungen in Gemeinschaft mit dem Reichstag eine Grenzlinie nach unten ziehen, da ja bei Handelsverträgen in erster Linie die Aufgabe an den Reichstag gestellt wird, wie weit er in den Getreidezöllen herabzugehen will, und außerdem die Handelsverträge von besonderen kaiserlichen Kommissoren abgeschlossen werden, die verschiedenen Regierungen also dabei ziemlich zurücktreten. Zweitens hatte sich beim Weglassen der Handelszölle die Agitation gegen die höheren

autonomen Sätze gewandt, wie wir es jetzt bei den Industriezöllen erleben. — Alle Berechnungen, wie die Familien durch erhöhte Zölle belastet werden, schweben ebenso in der Luft, wie die Berechnung der etwa aus den Zöllen sich ergebenden Reichseinnahmen. Wie der Herr Reichsanwalt zu den Mindestzöllen und zu dem Verluße ihrer weiteren Ausbehnung steht, brauche ich nach seinen erschöpfenden Ausführungen nicht weiter auseinanderzusetzen. — Nun wird der Regierung immer zugerufen, sie solle einfach die Handelsverträge verlängern oder auf Grund des jetzigen autonomen Tarifs neue Handelsverträge schließen. Aber erstens gehören zu solchen Aktionen immer zwei, und zweitens kann es keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Situation jetzt wesentlich ungünstiger ist auf Grund des alten autonomen Tarifs, als auf Grund eines neuen. Seit den Capriivi'schen Handelsverträgen haben 32 Staaten, mit denen wir Handelsverträge oder Weißbegünstigungsabkommen haben, ihre Zölle wesentlich erhöht. (Hört, hört! rechts.) Herr v. Marschall hat schon 1892 erklärt, daß wir einen neuen Zolltarif haben müssen. Wenn Sie uns zwingen, auf Grund des alten Tarifs in neue Verhandlungen mit anderen Staaten einzutreten, dann ist die Gefahr eines Zollkonfliktes viel größer, als wenn wir auf Grund eines neuen Tarifs verhandeln. Ich bin immer bestrebt gewesen, schieblich-friedlich mit anderen Staaten handelspolitisch fertig zu werden. Sie können demnach sicher sein, daß ich da jede Maßregel perhorresziere, die zu einem Zollkrieg mit anderen Staaten führt. Es ist dies eben ein Gebiet, zu dem ein gewisses Vertrauen und ein gewisser Glaube gehört. (Hört, hört!) Wenn wir mit unserem alten Tarif von 1879 verhandeln wollten, wäre das gerade so, als wenn wir eine Armee mit dem alten Kufus von 1818 gegen eine Armee ins Feld schicken wollten, die mit den neuesten Waffen der modernen Ballistik versehen ist. (Bewegung.) Es gab eine Zeit in Preußen, wo die Parteien der Regierung die Mittel zur Neubewaffung der Armee verweigerten. Es war das unsterbliche Verdienst Bismarcks, die Neubewaffung dennoch durchgeführt zu haben. (Gr. Unruhe links.) Was wäre aus Deutschland ohne Bismarck geworden? Heute verlangen wir eine bessere handelspolitische Ausrüstung. Es ist ein kritischer Augenblick. Ich rathe den Mehrheitsparteien dringend, von allen weitergehenden Forderungen als bald abzusehen, wenn sie überhaupt einen Tarif wollen. Diese weitergehenden Forderungen sind nicht realisierbar. Ich bitte Sie daher, sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen. (Unruhe rechts.) Das Jahr 1902 wird ein ernstes, kritisches für die Landwirtschaft sein. Mag der Tarif an der Scylla oder der Charibdis scheitern, es wird sich für lange Zeit kein Zolltarif mehr in die Nähe so gefährlicher Klippen wagen. (Abg. Singer: Gott sei Dank! Heiterkeit und Unruhe.) Die zweitausendjährige deutsche Geschichte lehrt auf jeder Seite, welch unabsehbares Unheil aus der Uneinigkeit der Parteien über Deutschland gekommen ist. Wenn sich dieser Fall jetzt wiederholen sollte, so wird das deutsche Volk um eine schwere Erfahrung reicher werden, und die Mehrheitsparteien werden die Verantwortung haben. Die warnende Schrift steht bereits an der Wand, und man braucht kein Daniel zu sein, um sie lesen zu können. (Bereinigtes Bravo bei den Vätern. — Unruhe.)

Trimborn (3.): Abg. Bebel hat meine Haltung zur Fleischsteuerungsfrage in der Kölner Stadtverordnetenversammlung erwähnt. Ich habe dort eine vorübergehende Debatte der Grenzen unter Wahrung der notwendigen Kontrolle verlangt. Zölle und Grenzsperrre sind aber ganz verschiedene Dinge. Die Grenzsperrre wird wahrscheinlich mehr und mehr gemildert werden. Einen ausreichenden dauernden Schutz bieten der Landwirtschaft nur die Zölle. Deshalb sind auch Minimalzölle für Vieh ein berechtigtes Verlangen. Die Preise werden dadurch nicht steigen gegenüber den Normalpreisen vor der jetzigen Haufe. Die Sperrre wirkt prohibitiver als der Zoll. Für Speck und Schmalz haben wir aus guten Gründen keine Mindestzölle eingesetzt, sondern nur die bestehenden Zölle etwas erhöht. Ich gehe trotz der düsteren Warnungen des Abg. Singer mit gutem Muthe in den Wahlkampf. (Na, na! links und Heiterkeit.) Aus den vorigen Wahlen ist der Zentrumskandidat verjüngt und verjüngt hervorgegangen. (Gr. Heiterkeit.) Abg. Bebel kommt über den Rahmen der städtischen Interessen nie hinaus. Er hat gesprochen wie ein Stadtverordneter von Berlin (Heiterkeit) und nicht wie ein Reichstagsabgeordneter. Eine extreme Freihandelspolitik würde zum Nenn der Volkswirtschaft führen und würde in erster Linie die Arbeiter schädigen. (Rebh. Zustimmung im Centrum.) Solchen ruhigen Erwägungen ist die rheinische Bevölkerung viel zugänglicher als leidenschaftlichen Erregungen, die nur die Unzufriedenheit steigern. Wenn Abg. Bebel die Eroberung Kölns im Stile seiner Sommerabrede versucht, wird es lange dauern, ehe die rothe Fahne auf dem Kölner Dom weht! (Rebharter Beifall im Centrum.)

Gaule (22.): Das Centrum scheint in Köln doch mehr Vertrauen in seinen Saalbauern gegen uns zu setzen, als in sein geringes Ritzzeug. (Sehr gut! bei den Sozialisten.) Graf Posadowsky hat wiederholt die Kommissionsbeschlüsse für unannehmbar erklärt. Deshalb setzen die Mehrheitsparteien die Beratung überhaupt noch fort, wenn sie nicht etwa schon jetzt entzogen sind, sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen. Graf Posadowsky hat Schippels Buch „Grundzüge der Handelspolitik“ als durchaus wissenschaftlich gelobt. An zwei Stellen sagt Schippel ausdrücklich, daß der Zoll thatsächlich den Getreidepreis im Inlande annähernd um den Zollbetrag erhöht habe. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Der Schlußsatz Schippels lautet: „Wir müssen über die Ursachen der agrarischen Krisis so oder so denken... das industrielle Proletariat wird die Konfession der Brodzölle freis als gewissenlosesten Brodwacker der vereinten Volksfreunde verwerfen.“ (Hört, hört! und Sehr richtig! b. d. Sozialisten.) Warum zitiert Graf Posadowsky, wenn er so großen Wert auf Schippels Urtheil legt, diese Stelle nicht? (Heiterkeit.) Die Landwirtschaft in England, vor deren Nachahmung Graf Posadowsky warnte, hat sich gerade unter hohen Lohnzöllen entwickelt, während sich jetzt die entgegengesetzte Entwicklung vollzieht. — Infolge der Fleischsteuerung haben und hungern breite Volksmassen. Da ist es trivial von der landwirthschaftlichen Presse, von einem Fleischnotnummel zu sprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Spahn wußte gestern gar nichts von enorm theueren Fleischpreisen. Dabei sprach selbst die „Germania“, das Zentralblatt der Zentrumspartei, von einer enormen Preissteigerung, die, wenn sie noch länger anhalten sollte, zu einer wahren Kalamität werden würde.“ Die Presse jener Herren wird eben, obgleich sie uns betämpft, angehängt der Herren Thatsachen zur Anerkennung der Fleischnot gedrängt. Die Kommune Stuttgart hat den Zwischenhandel ausschalten versucht und Schlächtungen in eigener Regie ausgeführt. Natürlich konnte die Stadt billiger liefern. Diese Ansehaltung des Zwischenhandels begreifen wir mit Freuden. Anders liegt es mit der Ausschaltung des Zwischenhandels durch die ländlichen Produktionsgenossenschaften. Durch diese wird das Fleisch nicht billiger, sondern theurer. Daß die Schlächter an der Preis-

steigerung nicht Schuld sind, erhellt daraus, daß die Viehpreise im Verhältnis noch mehr gestiegen sind als die Fleischpreise. Ob Fleischnot oder Fleischsteuerung besteht, das ist doch nur ein Streit um Worte. In den letzten beiden Jahren haben wir schlechte Futterernten gehabt, und jetzt will man die Futtermittel durch Zölle noch erheblich verteuern. (Sehr richtig! links.) Der Auftrieb auf den Viehhöfen ist ganz bedeutend zurückgegangen. In Königsberg, wo der Auftrieb an sich schon gering war, ist er noch weiter zurückgegangen. Nur der Pferdefleischverbrauch hat zugenommen, in Königsberg um 20 Proz., in Oberschlesien um das Doppelte. Eine ganze Reihe von Kommunen haben die Aufhebung der Grenzsperrre verlangt. Auch die Zentrumspartei hat sich für eine Öffnung der Grenzen ausgesprochen. Diese Herren scheinen anderer Meinung zu sein als Herr Spahn. Wenn die Bündler wüßten, daß die Grenzsperrre dauernd aufrecht erhalten würden, dann würde ihnen gar nicht so viel an den hohen Zöllen liegen. (Sehr richtig! b. d. Sozialisten.) Die Seuchengefahr vom Auslande ist nicht so groß, wie sie vom Grafen Posadowsky hingestellt wurde. Der schreckenerregenden Fleischnot gegenüber thut die Regierung nichts, als daß sie Ermittelungen anstellt. Wenn die Agrarier klagen, ist die Regierung sofort zu ganz anderen Maßnahmen bereit. Aber hier trifft die Noth ja nur die Massen der Proletarier. (Sehr richtig! links.) Wir fürchten, daß die Enquete überhaupt nicht objektiv angestellt werden wird. Ich möchte Herrn von Posadowsky fragen, ob in der That in erster Reihe die Vorherrschaft des Bundes der Landwirthe befragt werden. (Hört, hört! links.) Man verweist immer auf den Naturalienlohn der Landarbeiter. Thatsache ist aber, daß der Geldlohn steigt, während das Deputat kaum noch ausreicht, das Nahrungsbedürfnis zu befriedigen, geschweige denn noch etwas zur Viehfütterung übrig bleibt. Die Landarbeiter müssen auf dasselbe Niveau gehoben werden wie die Industriearbeiter, vor allem auf sozialem und rechtlichem Gebiet. Sie verlangen das Koalitionsrecht und Abschaffung der Gebindeordnung, vor allem aber bessere, menschenwürdige Behandlung. Das Gefühl der Menschwürde ist ihnen erweckt durch unsere Agitation, sie kommen in Scharen zu uns. Herr Trimborn sagte, seine Partei habe bei den letzten Wahlen zugenommen. An Mandaten wohl, an Stimmenzahl hat sie aber verloren. (Sehr richtig! b. d. Sozialisten.) Der Fleischnotnummel geht zurück, während der Holznotnummel steigt. In dieser Schädigung der Volksgesundheit gehen die regierenden Kreise ohne nennenswerthe Erregung vorüber. Lediglich der aufklärenden Wirklichkeit der Sozialdemokratie ist es zu verdanken, daß es noch nicht zu Hungerrevolten gekommen ist. Sorgen Sie dafür, daß mit der Annahme des Zolltarifs der jetzige Zustand, der wahrhaftig schon schlimm genug ist, nicht noch mehr verschärft wird. (Rebharter Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Der Kampf um den Zolltarif. Der Montag vom Abg. Dr. Bachnick angekündigte Antrag, nach Erledigung des § 1 des Zolltarifgesetzes die Verhandlungen auszusuchen und den Reichstag bis zur Etatsberatung zu vertagen, ist, wie der „Hann. Cour.“ hört, von den Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung, nicht aber von der freisinnigen Volkspartei unterzeichnet worden. Auch die Bündler werden dem Antrag nicht zustimmen, weil sie, wie die Dertel'sche „Dtsch. Ztg.“ sagt, nicht geneigt sind, auch nur den geringsten Theil der Verantwortlichkeit für das Scheitern der Tarifreform den Verbündeten Regierungen abzunehmen.

Ein freisinniger „Heim“. Sogar die Partei der „unentwegten“ Freisinnigen hat im Reichstage einen Mann zu fassen, der sich zu den Ueberzöllnern rechnet. Für den Heim'schen Antrag, den Minimalzoll für Gerste auf 6 Mark zu bemessen, hat nämlich, dem „Vorwärts“ zufolge, auch der freisinnige Volksparteiler Ritter, Gutbesitzer zu Barnstädt, Vertreter des 7. Merseburger Wahlkreises, munter gestimmt. Nachdem Herr Ritter sein Heimisches Gerstenherz offenbart hatte, scheint man ihn dann in Parteimassage genommen zu haben, wenigstens hat er bei den folgenden Abstimmungen unentschuldig gefehlt. — Nach diesem Vorkommniß ist es begreiflich, wenn Eugen, der tapfere Freisinn-Ritter, in der Zollfrage eine parlamentarische Taktik einschlägt, die nur darauf berechnet ist, den Tarif durch Annahme aus der Welt zu schaffen.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzesentwurfs über den Kinderschutz setzte Dienstag ihre Beratungen bei § 4 fort, der eine Reihe von Betrieben aufzählt, in denen die Beschäftigung von Kindern verboten ist. Ein Antrag Wurm (Soz.) verlangt Ausdehnung des Verbots auf Fuhrwerksbetriebe, Pflanzenziegen, Kartoffelgraben und Treibjagden. Abg. Zwiak (FvP.) beantragte auch die Tabakindustrie, Kollfuhrenbetriebe und das Schlächtergewerbe unter das Verbot zu stellen. Der Regierungsvertreter erklärte sich mit dem Antrag Zwiak, soweit er sich auf die Kollfuhrenwerke bezieht, einverstanden und kündigte besondere Maßregeln mit Bezug auf die Tabakindustrie an. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht.

Für den Tiefstand des Nationalliberalismus ist eine Mittheilung der antisemitischen „Deutschen Wacht“ in Dresden überaus charakteristisch. Danach hat die national-liberale Partei in Königreich Sachsen durch ihren Vorherrscher Dr. Gensel in Leipzig mit dem antisemitischen Chefredakteur Zimmermann, dem Vorherrscher der antisemitischen Partei, schriftliche Verhandlungen angeknüpft, die bezwecken, zwischen den beiderseitigen Parteien ein Uebereinkommen über die Vertheilung der sächsischen Reichstagswahlkreise für den nächsten Wahlkampf zu treffen. Die Antisemiten hätten dem aber noch nicht zugestimmt, weil sie nicht den erfahrenen Karren der Nationalliberalen aus dem Sumpf herausziehen wollten. — Das ist eine recht merkwürdige Art, den Liberalismus zu betonen! Aber die sächsischen Nationalliberalen haben freilich den Liberalismus schon längst so gründlich abgestreift, daß sie sich von den Konservativen kaum noch unterscheiden. Man kann sich daher auch nicht so sehr wundern, daß sie um einiger Mandate willen auch zur Verbrüderung mit den sächsischen Antisemiten bereit sind.

Der Bruch im allgemeinen Genossenschaftsbund stimmt seinen Fortgang. Der außerordentliche Ver-

Landtag Thüringischer Konsumvereine nahm am Sonntag nach mehrstündiger, äußerst lebhafter Debatte, an der sich auch der Genossenschaftsankwalt Dr. Krüger beteiligte, gegen 3 Stimmen folgende Resolution an: „Der Verbandstag Thüringer Konsumvereine mißbilligt aufs Schärfste den zu unrecht erfolgten Ausschluß der 96 Konsumvereine aus dem Allgemeinen Verbandsverband und erklärt sich mit den Ausschließenen solidarisch.“ Sodann wurde der Austritt aus dem Allgemeinen Verbandsverband mit 96 gegen 6 Stimmen beschlossen. Der auszgetretene Unterverband soll bis auf weiteres als Revisionsverband fortbestehen.

Es wird fortgeknallt. Nach der „Münch. Post“ hat zwischen einem Konsul und einem höheren Richterbeamten in München, der als Staatsanwalt energisch für Sittlichkeit und Moral eingetreten und namentlich gegen die „Bucht und Sittenlosigkeit“ der Sozialdemokratie aufgetreten war, ein unblütiges Pistolenduell stattgefunden. Ursache: Der Konsul hatte den Richterbeamten bei seiner Frau betrogen. Ehescheidungsklage ist eingereicht.

Kleine politische Nachrichten. „Wolffs Bureau“ erzählt jetzt, daß Carnegies Universitätsrede in St. Andrew in einer Broschüre gedruckt vorliegt. Carnegie habe diese Broschüre vorgelesen und auf Seite 43, das Ding scheint danach recht umfangreich zu sein, auch die Stelle über Wilhelms II. Mission, wie Zuhörer versichern. Danach hätten die englischen Blätter aus Schonung gegen Carnegie die phantastische Stelle unterdrückt, die das Berliner Telegraphenbureau als Staatsereignis der Welt telegraphisch übermittelt hat. — Agrarische Blätter veröffentlichten eine große Ehrenerklärung für den Major Endell mit zahlreichen Unterschriften. Hauptsächlich meint Major Endell nicht, daß hierdurch seine Verleumdung wegen der jüngsten Unschuldigungen überflüssig werde. — Das „Ostf. Tagebl.“ in Jüterburg berichtet, daß im Traekener Schulprozeß beide Angeklagte Revision angemeldet haben. — Die Strafkammer in Stralsburg verurteilte den stud. jur. Patten aus Balingen bei Hesselberg wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu drei Monaten Festungshaft. Sein Gegner, Referendar Benkvis, wurde bereits vor einigen Monaten vom Kriegsgericht zu der gleichen Strafe verurteilt. — Nach einer Erklärung Chamberlains sind bis jetzt 13000 Büren nach Südafrika zurückgebracht; weitere 7000 werden von Genoa und Indien folgen, sobald sie den Treueid geleistet haben. — Die Burenkommandanten Krutinger, Foubert und Fouché wurden Montag in Cambridge von einer Volksmenge mit Thätlichkeiten bedroht. Fouché und Foubert gelangten schließlich unter Geheule der Menge in ihren Wagen. Belästigten mit Knütteln hängten sich an den Wagen an und wehrten die Menge ab. Es war ein guter Teil Studenten darunter. Krutinger krieg über eine Mauer und entkam dadurch sicher aus dem Zirkus, wo die Büren einen Vortrag gehalten hatten.

Dänemark.

Der Vizepräsident der Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung, unser Genosse Knudsen, wurde Montag Abend zum Magistratsmitglied gewählt.

Oesterreich-Ungarn.

Der Steckbrief gegen Wilhelm II. im Prager „Polizeianzeiger“ kam am Dienstag im österreichischen Abgeordnetenhause zur Sprache. Ministerpräsident von Körber erklärte, daß auch die Regierung in dieser gefährlichsten Kundmachung eine unverantwortliche Verletzung des einem fremden Souverän gebührenden Respekts erblicke, welche im vorliegenden Falle um so schwerer in die Wagtschale falle, als es sich um einen treuen Freund und Verbündeten des Monarchen handelte.“ Der Hauptschuldige habe jedoch bisher nicht ermittelt werden können.

Südbel und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902.

Wachtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Die Bürgerchaft trat am Montag zu einer Extra-sitzung zusammen, um sich in der Hauptsache mit der Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Königstraße und dem Grunderwerb daselbst zu beschäftigen. Bekanntlich schwebten bereits vor mehreren Monaten mit dem Eigentümer des an der Ecke der Für- und Königstraße gelegenen Hauses, Ahrens, Verhandlungen, deren Zweck die Abtretung eines Streifen Landes an den Staat war. Das gewonnene Stück sollte dann zur gewiß notwendigen Verbreiterung des Einganges zur Fürstraße dienen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, als Herr Ahrens erklärte, keinen Neuzug, sondern einen Umbau vornehmen zu wollen. Schließlich hat man sich aber doch geeinigt, als auch die beiden Eigentümer der Nachbarhäuser an der Königstraße sich zur Abtretung bestimmter Streifen Landes bereit erklärten. Jetzt konnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und neben der Verbreiterung des Einganges zur Fürstraße auch eine Verbreiterung der Königstraße auf 12 Meter vornehmen. Letztere ist, wie der Senat in der Begründung seines Antrages mit vollem Recht anführt, eine unbedingte Nothwendigkeit, da die Breite der Straße, deren Verbreiterung die allergrößten Schwierigkeiten bereitet hätte, auf alle Fälle entlastet werden muß. Ob der jetzt eingeschlagene Weg richtig ist, mag dahingestellt bleiben; wir befürchten, daß schließlich aus der Königstraße eine zweite Goldenstraße entstehen wird. Dazu ist uns aber der Preis, der an Entschädigung an die 3 Eigentümer gezahlt wird, ein zu hoher. Beträgt doch die Gesamtsumme derselben nicht weniger als 38000 Mark. Man bedenke: 38000 Mark müssen bezahlt werden, damit die Verbreiterung der Straße auf einer verhältnismäßig kleinen Strecke derselben vorgenommen werden kann. Uebrigens scheinen die Eigentümer den Handel mit dem Staat zu verstehen; sie haben nämlich kurzerhand vorgeschrieben, daß bis zum 28. Oktober die Entscheidung erfolgt sein müsse, da sie sonst ihr Gebot zurückziehen würden.

Die Debatte bewegte sich in ziemlich ruhigen Bahnen. Von mehreren Rednern wurde die Goldenstraße in ihrem jetzigen Zustand als abschreckendes Beispiel angeführt, bis dann schließlich Senator Dr. Klug daraus erwies, daß das Goldenstraßengesetz ein Kind der Bürgerchaft sei. In seiner Weise versetzte Pape dem am Senatsstische sitzenden Baudirektor Schaumann einen Stich, als er ihn in geschickter Redewendung die Riffe an den Bauarbeiten der neuen Polizeiwache in St. Lorenz präsentirte. Für den Baudirektor mag dieser Augenblick kein angenehmer ge-

wesen sein. Zur Sache selbst wies Pape mit Recht darauf hin, daß man hier den Verkäufern recht weit entgegenkommen sei, indem sogar die Pflasterungsarbeiten auf Staatskosten vorgenommen werden sollten; sonst sei das die Sache der Hausbesitzer. Auch wir müssen unserer Verwunderung hierüber Ausdruck geben und denken doch, daß man in solchen Sachen immer mit gleichem Maße messen sollte. — Von Interesse war auch die Bemerkung des Senators Dr. Klug, daß die Durchführung eines Bebauungsplans an den hohen Kosten scheitern würde. Es ist das ja auch nur zu erklärlich; wie kann auch ein Gemeinwesen, das unter begeisteter Zustimmung seiner „Honoratoren“ vom Reiche immer mehr zu den Kosten der Militär- und Marinekosten herangezogen wird und das ferner für Zwecke „hochwohlgeborener“ Persönlichkeiten Tausende zum Fenster hinauswirft, noch Geld übrig haben für eine dem immer mehr zunehmenden Verkehr entsprechende Regulierung der Straßen!

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Fortsetzung der Verathung über den die Neuregulierung von Straßenzügen betreffenden Kommissionsbericht. Hier handelte es sich hauptsächlich um die Frage, ob bei Abtretung von Streifen Landes zwecks Straßenregulierung ein fester Preis festgelegt werden sollte. Die Bürgerchaft hat diese Frage vernünftigerweise verneint. Möge der Staat nur bei Straßenregulierung gegen allzu widerpenfische Grundeigentümer, die von ihrem Grundstück etwas abtreten sollen, auf dem Wege des Enteignungsverfahrens vorgehen; das ist unserer Meinung nach der gangbarste und zweckmäßigste Weg.

Den Schluß der Sitzung füllte die Erörterung über einen Antrag von Eigenthümern der Gr. Burgstraße aus, welche sich gegen die Regulierung der Straße sträubten. Nach längerer, theilweise ganz zweckloser Debatte schloß die Bürgerchaft es ab, den Wünschen jener Leute zu entsprechen. — Um 2 Uhr konnten die nicht allzu zahlreich erschienenen Mitglieder nach Mittern eilen, um sich dort auszuruhen von ihrer „anstrengenden“ Thätigkeit als Lübecker „Volks“vertreter!

Arbeiter-Mißth. Der Arbeiter Grim trug gestern Morgen auf dem Dampfer „Alice Krohn“ beim Verladen von Schienen einen Unterschenkelbruch davon. Man schaffte den Schwerverletzten nach Anlegung eines Nothverbandes ins Allgemeine Krankenhaus.

Aus dem Zuge gekürzt. Ist am Montag Abend nach dem „S.-A.“ bei der Ausfahrt des um 7.55 Uhr nach Hamburg abgehenden Zuges etwa 100 Meter hinter der Brücke über den Elbe-Trave-Kanal ein Passagier, der in leichtsinniger Weise die Perronhür geöffnet hatte. Bei der Vorbeifahrt hatte ein Bahnwärter das thörichte Beginnen bemerkt und dem Passagier zugerufen, er solle die Thür doch schließen. Dieser aber hat sich nicht darum gekümmert und ist dann auch bald darauf herausgestürzt. Zum Glück ist der Reisende anscheinend ohne schwere Verletzung davongekommen, denn er klagte nur über Schmerzen in der Schulter. Man schaffte den Verletzten nach hier zurück und brachte ihn im evangelischen Krankenhaus unter. Es kann als ein glücklicher Zufall bezeichnet werden, daß der Zug an diesem Tage ausnahmsweise langsam über die Brücke gefahren ist und sich somit beim Herausstürzen des Verunglückten noch in ziemlich langsamer Fahrt befand, sonst wäre das Unglück zweifellos ein weit größeres gewesen.

Falsches Gerücht. Nicht lebhaft kolportirt wurde gestern die Schauermär von einem Morde, welcher in den Ballanlagen bei der Buppenbrücke nach erfolgter Vergewaltigung an einem sechsjährigen Mädchen begangen worden sein sollte. Zum Glück bestätigt sich dieses Gerücht nicht.

An der nötigen Sauberkeit hat es ein hiesiger Bädermeister in seiner Bäckerei fehlen lassen. Bei einer polizeilichen Revision wurden dort nämlich Spinnweben gefunden. Die Folge dieser Unsauberkeit war ein Strafbefehl über 10 Mark, gegen welchen er jedoch Widerspruch erhob. Am Dienstag gelangte derselbe vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Letzteres verwarf aber den Einspruch und bestätigte den Strafbefehl. In den Urtheilsgründen hieß es u. A., daß das Publikum peinlichste Sauberkeit in einem zur Herstellung von Nahrungsmitteln bestimmten Räume verlangen könne.

Leichenfund. In der Nähe der Ballastkuhle wurde gestern Vormittag die Leiche eines unbekanntes Mannes in der Trave aufgefunden; dieselbe hatte schon längere Zeit im Wasser gelegen. Anscheinend handelt es sich um einen Seemann. Die Leiche wurde nach der hiesigen Leichenkammer geschafft.

pb. Uebermals ein Fahrraddiebstahl. Aus dem Keller der am Domkirchhof gelegenen Präparandenanstalt wurde einem Präparanden sein Fahrrad, Marke „Phänomen“, mit der Polizeinummer 4265 und der Fabriknummer 31263 gestohlen. Das Rad ist schwarz lackirt, hat schwarze Felgen und nach unten gebogene Lenkstange.

pb. Wo ist der Hundertmarkschein? Einem in der Fürstraße wohnhaften Kaufmann ist auf unerklärliche Weise aus dem an seinen Laden anstoßenden Kabinett ein Hundertmarkschein abhanden gekommen und vermuethlich gestohlen worden.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde gestern früh bei Ankunft des Postdampfers „Malmö“ ein Kaufmann aus Rastenburg, an welchem eine seitens des Schöffengerichts in Königsberg wegen schwerer Körperverletzung erkannte Freiheitsstrafe vollstreckt werden soll. — Festgenommen wurde ferner ein Schmiedegeselle aus Hübmitz, der seitens der Großh. Amtsverwaltung in Gütrow wegen Bettelens steckbrieflich verfolgt wird.

Sachsenburg. Ueber Arbeiter- und Arbeiterinnenstreik durch Gesetz und Selbsthülfe referirte am Sonnabend Abend Genossin Frau Zieck-Hamburg in einer öffentlichen, gut besuchten Versammlung. Der Vortrag, der oft durch Beifall unterbrochen wurde, endigte in einem Appell an die Anwesenden, sich zu organisiren und den Gewerkschaften und Sozialdemokratischen Verein beizutreten, sowie für die größtmögliche Verbreitung der Arbeiterpresse („Volksbote“) zu agitiren. Die Versammlung war u. A. auch von ca. 40 Frauen besucht.

Schlutup. Eine sehr gut besuchte Fabrikarbeiter-Versammlung tagte am Sonntag im Tiemannschen Lokale. Genossin Zieck-Hamburg referirte über die Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften. Rednerin erläuterte eingehend die Ursachen der Krise, sowie deren traurige Begleit- und Folgeerscheinungen; sie zeigte, wie wenig geliche sowohl seitens der einzelnen Kommunen, als auch seitens der Landes- und Reichsverwaltung, um der entsetzlichen Arbeitslosigkeit und der dadurch bedingten Noth und dem Elend, Krankheit, Verbrecher- und Prostitution zu steuern. Im Gegentheil sei die herrschende Gesellschaft, in erster Reihe die Agrarier, bestrebt, den Zolltarifentwurf zum Gesetz zu erheben, wodurch die herrschende Klasse zur Armut werden und Noth und Elend einen Grad erreichen würde, wie wir es noch nie erlebt. Umfamehr sei es Aufgabe der Arbeiter beiderlei Geschlechts, alles daran zu setzen, um ihre Macht,

ihren Einfluß durch Stärkung und Ausbau ihrer Organisationen zu vergrößern. Dazu sei jetzt die Zeit der Krise, wo die Arbeiterbataillone Gewehr bei Fuß stehen müßten, soweit es sich um Lohnforderungen, Arbeitszeitverkürzungen handelt, am geeignetsten. Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sei das einzigste Mittel, um die Lebenshaltung der Arbeiter durch Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben und dadurch, soweit es heute möglich, die Krisen einzuschränken. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage entspann sich eine lebhaft Debatte, an der sich Schlutup Kollegen und Kolleginnen, sowie der Kollege Kaddeu-Lübeck beteiligten. Mehrere neue Mitglieder traten dem Verbands bei. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Cutin. Zum Landtags-Abgeordneten wurde an Stelle des Gemeindevorsethers Bruns-Stodoksdorf, der bekanntlich die Wahl ablehnte, der Privatmann und frühere Erbpächter J. H. Schnoor zu Eckhorst mit 34 Stimmen gewählt. Der frühere Abgeordnete Altentheiler Röper-Obernwohde erhielt 16 Stimmen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Burg auf Fehmarn fand vor etwa 14 Tagen eine Schlägerei zwischen fremden Arbeitern statt, bei welcher der schwedische Arbeiter Johannsen mehrere Messerstücke am Kopf erhielt. Jetzt ist er im Krankenhaus verstorben. — Das Weite gesucht hat der Herausgeber des „Inselboten“, C. Burfian in Wyl auf Jöhr, nach Hinterlassung von Schulden im Betrage von etwa 100000 Mark. Ueber sein Vermögen ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Burfian hat sich auch in seiner Eigenschaft als Konkurs-Verwalter Veruntreuungen größeren Umfanges zu Schulden kommen lassen, jedoch die Staatsanwaltschaft einen Steckbrief hinter ihn erlassen hat. — Wegen einer auffallenden Leichenrede des Pastors Friedrichsen-Lostrup anlässlich der Beerdigung des Gutsherrn v. Nummohr auf Drück, hatten verschiedene Eingekerkerte des Kirchspiels die Entlassung des genannten Pastors beim Konsistorium in Kiel nachgesucht, unter der Androhung, daß die Betenten sonst aus der Landeskirche austreten würden. Jetzt sind die Betenten abschlägig beschieden worden. — Das 10jährige Mädchen Ostermann in Kellinggen bei Binneberg kam in der Schule vor Anfang des Unterrichts dem geheizten Ofen zu nahe, wobei ihre Kleider Feuer fingen und im Augenblick lichterloh brannten. Sie lief auf die Straße, wo die Flammen durch einen des Weges kommenden Mann erstickt wurden. Doch hatte sie derartige Brandwunden davongetragen, daß sie hoffnungslos darniederliegt.

Hamburg. Schwerer Unglücksfall. Beim Neubau des Konsum- Bau- und Sparvereins stürzten getrunken infolge Brechens der Leiter die Arbeiter Koch und Lütjens aus der Höhe der vierten Etage in die Tiefe hinab. Koch war sofort eine Leiche, während Lütjens gleich nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

Bremen. Im Zeichen des Freimarkttrubels und der Bürgerchaftswahlen steht jetzt Bremen. Während der zehntägigen Dauer des Marktes verändert sich das Aussehen der guten Hansestadt bis zur Unkenntlichkeit. Durch die Bürgerchaftswahlen aber droht sich das Innere des staatlichen und Verwaltungslbens zu verändern in einer Weise, die in dem Spiehbürger starke Bedenken aufsteigen läßt. Die Bürgerchaft ist zugleich der bremische Landtag und die bremische Gemeindeverwaltung. Sie hat 150 Mitglieder, und alle drei Jahre wird die Hälfte davon neu gewählt. Vom 21. bis 29. November soll es diesmal erfolgen. Bremen hat nach und nach neben dem Handel auch eine Industrie erhalten, und mit dieser immer mehr Sozialdemokraten. Eine starke Gewerkschaftsbewegung und eine nicht minder starke Parteibewegung hat sich gebildet; da konnte es nicht ausbleiben, daß die Zahl der Genossen in der Bürgerchaft — jahrelang nicht erheblich — schließlich eine für die Liberalen bedrohliche Steigerung erfuhr. Seit 3 Jahren sitzen 11 Sozialdemokraten in dem Stadtparlament und sehr oft hat das Bürgerthum empfunden, zu welchem Zweck sie dort sitzen. Und nun wieder Neuwahlen; aufs neue die Gefahr, daß noch mehr Sozialisten einzichen in die geheiligten Räume des Konsenssaales. In den verschiedenen Bürgervereinen werden oder wurden bereits die liberalen Kandidaten „ausgewählt“. Auch unsere Genossen prüften ihr altes Programm und, gewisigt durch die im Kampfe gewonnene Erfahrung, verbesserten sie es. Außer der Forderung von Diäten sind neu und von Bedeutung die Forderung von besonderen kommunalen Grund- und Gebäudesteuern, soweit sie den unverbienten Vermögenszuwachs erfassen. Ferner wird die Unverständlichkeit der Schule und für dieselbe die Einführung des Arbeitsunterrichts, die Errichtung von Lehrwerkstätten und die Pflege der künstlerischen Bildung gefordert. Auch die Forderung nach der Einrichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder sowie nach dem Bau, der Unterhaltung und Ausbesserung der Schulhäuser unter hygienischen und künstlerischen Gesichtspunkten ist vorgesehn.

Beste Nachrichten.

Thorn. Bei einem Kampfe, der bei Ottloschin zwischen der russischen Grenztruppe und einem aus sechs Personen bestehenden Schmugglertrupp, welcher mit einem großen Posten Cigarren und Seidenwaaren die Grenze überschreiten wollte, stattfand, wurde ein russischer Wachtmeister schwer verletzt. Die Schmuggler fielen nebst ihren Waaren den Russen in die Hände.

Dresden. Die Leiche des Direktors der Aktien-Gesellschaft für Photographische Industrie, Emil Wünsche, wurde Dienstag früh bei Meißen in der Elbe aufgefunden. Wünsche soll wegen widriger Vermögensverhältnisse Selbstmord begangen haben. Die Aktien-Gesellschaft ist, soweit sich bisher übersehen läßt, nicht geschädigt.

Hildesheim. Ein adeliges Falschmünzerpaar vor Gericht. Das Schwurgericht verurtheilte Dr. von Wedelstädt wegen Münzverbrechens zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Frau von Wedelstädt, ohne Zubilligung von mildernden Umständen, zu 2 Jahren Zuchthaus.

Minden. Getöppt. Der Maschinist Gottschalk stieß, als er sich hinauslehnte, mit höchster Wucht an einen Signalmast. Dem Unglücklichen wurde dadurch der Kopf zerquetsert; seine Leiche fiel sofort zur Erde.

Krefeld. Im Gerichtssaale vergiftete sich Dienstag Mittag mit Opium die Handlungsgeliebte Wentkums, weil er wegen Betruges zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden war.

Srag. Gendarm erschossen. In Chlumetz wurde ein Gendarm von zwei Einbrechern während ihres Transports nach dem Gefängnisse erschossen. Die Mörder sind flüchtig.

Sanghai. Furchtbare Schiffskatastrophe. Der englische Dampfer „Seang Leong“ ging während eines Laufs unweit Swatow mit Mann und Maus unter. Die ganze Besatzung sowie die an Bord befindlichen 800 Kulis sind ertrunken.

Das Muster eines ostelbischen Junkers

führt uns die Königsberger „Volkszeitung“ in einer längeren, sehr lobenswerthen Schilderung vor. Herr Reuter aus Lupfen bei Johannisburg hatte den Redakteur unseres Parteiorgans, Genossen Vorchardt, wegen Beleidigung verklagt. Wie das kam, berichtet das Blatt also: „Herr Reuter, der Rittergutsbesitzer, hat einem „seiner“ Leute das Heirathen nicht erlauben wollen. Als der Mann — es war der Rutscher Mogyig — so verstockt war, trotzdem auf seiner Absicht zu beharren, hat Herr Reuter (er ist Gutsvorsteher) das Aufgebot, das schon ausgehängt war, widerrechtlich aus dem Kasten genommen und so den Mann zunächst thatsächlich am Heirathen gehindert. Erst das Eingreifen des Standesbeamten und des Landraths war erforderlich, um Herrn Reuter zu veranlassen, das Aufgebot zurückzugeben. Gänzlich verhindern konnte somit Herr Reuter die Hochzeit nicht, doch hat er sie um etwa 8 Tage verzögert. Dem Brautvater Mogyig verbot darauf Herr Reuter, die Hochzeit in „seiner“ Wohnung zu feiern. Mogyig stand damals nämlich auch in Diensten des Herrn Reuter, und zwar schon seit drei Jahren. Herr Reuter mochte wohl glauben, daß er „seinen“ Leuten solche Privatangelegenheiten verbieten könne. Er hatte aber kein Glück damit. Mogyig lehnte sich nicht an das Verbot. Das mag Herrn Reuter schwer geärgert haben. Als nun der Sonntag herangekommen war, an dem das junge Paar sich kirchlich trauen ließ, und als man nach der Trauung in der Wohnung des Mogyig zu einer kleinen Feyer zusammen war, da schickte Herr Reuter den Amtsdienner mit dem polizeilichen Befehl, der junge Ehemann Mogyig solle zur Arbeit kommen. Wenn er nicht kommen wollte, so sollte ihn der Amtsdienner mit Zwang mitführen. Ausgerechnet an diesem Sonntage! Mogyig benahm sich diesem Aufsinne gegenüber sehr ruhig und besonnen. Er ging mit zu Herrn Reuter und erklärte sich bereit, am nächsten Morgen zur Arbeit anzutreten. Und mehr verlangt sogar die preussische Gesindeordnung nicht von ihm. Aber Herr Reuter verlangte mehr. Er ging selbst in das Hochzeitshaus und versuchte, den Mogyig mit Gewalt aus der Hochzeitgesellschaft heraus zur Arbeit zu führen. Er vergriß sich also körperlich an dem liebsten verheiratheten Mann! Nun stieß er aber auf gehörigen Widerstand. Ein 16jähriger Schwager kam dem angegriffenen Mogyig zu Hilfe, und der Gutsherr erhielt eine gehörige Tracht Prügel. An den folgenden Tagen mußten auf Reuter's Befehl die Familien Mogyig und Mogyig den Dienst und das Gut verlassen, wodurch sie natürlich schweren Schaden erlitten. Als sie um ihr gutes Recht gegen Reuter klagen wollten, fanden sie keinen Rechtsanwalt, der ihre Sache zu führen geneigt war. Dies der Sachverhalt. Als wir nun die Klagechrift des Herrn Reuter in die Hände bekamen, und die Ausführungen seines Rechtsanwalts im Termin hörten, waren wir ganz erstaunt, zu erfahren, daß Herr Reuter von den angeführten Thatfachen keine einzige bestreitet. Er giebt zu, all' das gethan zu haben, was da von ihm erzählt wird! Ja, weshalb in aller Welt klagt er denn da? Ei, wegen der Form unserer Artikel! Der Mann, der wider die Pflichten seines Amtes das Aufgebot aus dem Kasten genommen hat, der Mann, der seinen Rutscher ausgerechnet an dessen Hochzeitstag mit polizeilichem Zwang zur Arbeit führen lassen wollte, der Mann, der in den Frieden der Hochzeitgesellschaft eingedrungen ist und dort den jungen Ehemann zu verprügeln versucht hat, der also eine der wenigen kümmerlichen Freuden des Landarbeiters in der empfindlichsten Weise gestört hat, der Mann endlich, der zwei arme Arbeiterfamilien aus Lohn und Brot gesetzt hat — dieser Mann hat so ein empfindliches Ehrgefühl, daß er behauptete, beleidigt zu sein durch ein paar Ausdrücke, mit denen wir sein Verhalten gekennzeichnet haben! Und was waren denn das für Ausdrücke? Nun, die schlimmsten waren diese: wir schrieben, Herr Reuter habe ein „überspanntes Herrengefühl“ gezeigt, wir meinten,

der Befehl, Mogyig sollte gerade an seinem Hochzeitstage zwangsweise in den Dienst geführt werden, sei nur aus „purer Bosheit“ diktiert, und wir waren der Ansicht, Herr Reuter habe gezeigt, „wie wenig geeignet er zur Bekleidung solcher Aemter ist“. Das sind die Ausdrücke, durch die Herr Reuter, der majestätische Rittergutsbesitzer sich beleidigt fühlt! Das Gericht beschloß, die Sache zu verlagern und die Arbeiter Mogyig und Mogyig als Zeugen vorzuladen. Wenn nun auch der Prozeß noch nicht erledigt ist, so brachte die öffentliche Verhandlung vor dem Schöffengericht doch bereits einige Enthüllungen. Herr Reuter hatte nämlich zuerst gegen uns Strafantrag beim Staatsanwalt gestellt. Er behauptete, in seiner amtlichen Eigenschaft als Gutsvorsteher beleidigt zu sein. Nun ist bekannt, daß der Staatsanwalt gegen uns ganz gewiß nicht mit zu großer Laune vorgeht. Er stellte denn auch ganz genaue Ermittlungen an. Und was war das Resultat? Abweisung des Antrages, weil „die Behauptungen unserer Artikel im Wesentlichen richtig“ seien. Auch in der Form unserer Ausdrücke, soweit sie sich auf die amtlichen Eigenschaften des Herrn Reuter beziehen, hat der Staatsanwalt offenbar keine Beleidigung gefunden. Herr Reuter ging weiter an den Oberstaatsanwalt und erhielt — den gleichen abweisenden Bescheid. Aber Herr Reuter hat sich in dem Augenblick, da er in die friedliche Hochzeitgesellschaft eindrang und dort die Prügelei verursachte, so sehr als Vertreter der Staatsgewalt gefühlt, daß er gegen Mogyig gar noch Strafantrag stellte wegen — Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Es gehört etwas dazu, erst andere Leute zu quälen und zu prügeln und dann noch Klage zu erheben, wenn Jene es wagen, sich zu wehren! Mogyig hat daher halb auch wirklich vor Gericht stehen müssen. Aber trotzdem er nicht einmal einen Rechtsanwalt zu seiner Vertretung hatte, wurde er doch freigesprochen. Das Gericht hat festgestellt, daß Reuter beim Eindringen in das Hochzeitshaus sich nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes befand, und daß folglich die Leute das Recht hatten, Widerstand zu leisten. Auch hierbei beruhigte sich Reuter nicht. Als Nebenkläger hat er den Prozeß durch alle drei Instanzen bis ans Oberlandesgericht getrieben, und in allen Instanzen ist Mogyig mit derselben Begründung freigesprochen worden.“

Soziales und Parteileben.

Streik und Lohnbewegungen.

Der Streik der Federarbeiter in Brandenburg a. S. ist am 24. Oktober durch einen Vergleich zwischen den Parteien unter Anwesenheit der beiderseitigen Verbandsvorstände beendet worden. Es wurde ein bis zum 31. Oktober 1905 gültiger Vertrag abgeschlossen. — Die Zinkarbeiter in St. Etienne beschlossen, in den Ausstand zu treten, nachdem ihre Forderungen abgelehnt worden sind.

In den japanesischen Landtag wurde,

wie die „Internat. Sozialistische Revue“ in Chicago mittheilt, bei den letzten allgemeinen Wahlen auch ein Sozialdemokrat, Sawata, gewählt; die übrigen sozialistischen Kandidaten erhielten hohe Stimmenzahlen.

Kein Grund vorhanden.

Dem Genossen Hennig in Erfurt, Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, der erst vor 12 Wochen nach fünfmonatlicher Haft das Gefängniß verlassen hat und nun schon wieder 4 Monate abzuhängen hat, ist es verboten worden, im Gefängniß eine Zeitung zu lesen, weil „kein Grund“ dafür vorhanden ist.

„Jede Handlung des Menschen“

— kann der Polizei Gelegenheit zum Einschreiten geben, namentlich wenn der Mensch ein Sozialdemokrat ist. In Königsberg wollte der Genosse F. Vorchardt einen wissenschaftlichen Vortrag halten. Kurz vor Beginn des Vortrages erjähnte ein Polizeibeamter und verlangte die Bescheinigung über die Anmeldung der „Versammlung.“ Es wurde ihm bedeutet, daß es sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, sondern um einen

wissenschaftlichen Vortrag handle. Nach längerem Verhandeln ließ sich der Beamte herbei, den Beginn der Veranstaltung abzuwarten. Genosse Vorchardt begann: „Jede Handlung des Menschen“ . . . Ich lasse die Versammlung auf!“ sprach der Beamte und illustrierte damit unseren Einleitungssatz.

Das Genossenschaftswesen

ist in den letzten Jahren in eine neue Periode des Aufschwungs getreten. Die unterzeichnete Kommission ist deshalb von den Mitgliedern des Vereins für soziales Genossenschaftswesen in Berlin gewählt worden, um eine planmäßige Regelung der Agitation für die verschiedenen Genossenschaftsarten sowie die Verbreitung von genossenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen im engeren Kreise anzubahnen. Diesen Zweck denkt die Kommission hauptsächlich durch Vermittlung von geeigneten Referenten für die einzelnen Zweige des Genossenschaftswesens (Konsum-, Bau-, Haushaltungs-, Kredit-, landwirtschaftliche und andere Genossenschaften) zu erreichen. Wir bitten deshalb Männer und Frauen, die geneigt sind, durch agitatorische Vorträge oder durch sachwissenschaftliche Referate auf dem juristischen, historischen, volkswirtschaftlichen und geschäftlichen Gebiete der Genossenschaftsbewegung mitthätig zu sein, uns ihre Adressen zugleich mit Angabe des Spezialgebieten, das sie zu bearbeiten gedenken, zur Verfügung zu stellen. Zugleich fordern wir die Genossenschaften, Volksbildungs-, Handwerker- und Frauenvereine, vor allem aber auch die beruflichen Arbeitervereinigungen aller Richtungen auf, die Vermittlung der Kommission auch ihrerseits recht häufig in Anspruch zu nehmen. Sämtliche Zuschriften erbitten wir an den Schriftführer der Kommission, Herrn Max Hoppe, Berlin NW., Spenerstraße 23, Telephon Amt II, Nr. 2635. Die Agitationskommission des Vereins für soziales Genossenschaftswesen in Berlin: Lili Braun, Paul Göhre, Max Hoppe, Fanny Imle, Ernst Loft.

Ueber die mißlichen Arbeiterverhältnisse in Oberschlesien

schreibt die „Arbeitsmarkt-Korresp.“: Der Mangel an Beschäftigung in der ober-schlesischen Industrie hat die Stellung der Arbeiter erheblich verschlechtert. Alle die Maßnahmen, die Grubenverwaltungen in kritischen Zeiten gegen die Belegschaften anwenden, werden in verstärktem Umfange durchgeführt. Bisher war es stehende Regel, daß Vergleute, die das 40. Lebensjahr überschritten hatten und von ihrer Arbeitsstelle entlassen waren, von einer anderen Verwaltung nicht mehr angenommen wurden. Jetzt werden vielfach entlassene Vergleute unter 40 Jahren nicht mehr eingestellt; insbesondere Unfallinvaliden, die das Unglück gehabt haben, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, werden arbeitslos und verfallen, da sie andere Arbeit auch nicht erhalten, mit ihren meist zahlreichen Familien dem Elend. Die Zahl der so entlassenen und arbeitslos gewordenen Vergleute ist bereits groß. Auch über ihre Rechte bei den Knappschafts- und Pensionskassen, von denen jene für die Vergleute, diese für die Hüttenwerke eingerichtet sind, sind die Arbeiter nicht hinreichend orientirt. Bei Entlassungen mit wechselnder Arbeitslosigkeit sind die Arbeiter meist in Gefahr, ihre durch oft sehr hohe Beiträge — bis 4,50 Mk. monatlich — erworbenen Rechte an die Unterstützungskassen zu verlieren. Diese Pensionskassen haben deshalb nicht die Bedeutung, die man ihnen zuspricht; sie sind im Gegentheil heute bis zu einem gewissen Grade sogar als Unterstützungskassen der Arbeitgeber zu betrachten, die sich bei Unfällen der Arbeiter aus ihnen, in die die Arbeiter ihre Beiträge gezahlt haben, die von ihnen zu zahlenden Unfallrenten zum Theil erlegen lassen, so daß also der ober-schlesische Berg- und Hüttenmann zu einem ganz bedeutenden Theile seine Unfallrenten selbst bezahlen muß. Es ist selbstverständlich, daß solche Verhältnisse, die gerade in Zeiten der Krise so unangenehm hervortreten, den Arbeitern nicht gefallen. In der Arbeiterschaft ist die Thatsache unverkennbar, daß der Organisationsgedanke erstarbt

In den Minen.

Roman von R. Orth.

15. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Das ist freilich ein übles Ding!“ sagte er in auf-fallend verändertem Ton, um dann in ein Schweigen zu versinken, das in seiner Weise auch berechtigt genug war. Der Andere aber blickte unterdessen vor sich hin wie jemand, der über eine wichtige Frage mit sich selber ernsthaft zu Rathe geht, und plöblich zog er ein zusammengefaltetes, schon arg beschmutztes und zerknittertes Zeitungsblatt aus der Tasche. Er breitete es auf dem Tisch vorsichtig auseinander und deutete mit dem Finger auf eine bestimmte Stelle.

„Lesen Sie das da, Pat Monaghan!“

Der Schenkwirth machte ein verlegenes Gesicht.

„Ich — ich habe meine Brille verlegt, und ohne das verunschänte Ding bringe ich keine Zeile Gedrucktes zusammen.“

„So wird Miß Daisy vielleicht die Freundlichkeit haben, es Ihnen vorzulesen, denn ich möchte es nicht gerne selbst thun — aus verschiedenen Gründen.“

Das junge Mädchen war sofort aufgestanden und hatte sich dem Tisch genähert. Sie wußte es dabei so einzurichten, daß sie hinter dem Stuhle Dougherty's vorbei mußte, und in dem Augenblick, da ihr Kleid ihn streifte, küßerte sie ihm zu: „Um Gottes willen — seien Sie vorsichtig! Sie stürzen sich ins Verderben!“

Dann nahm sie das Zeitungsblatt auf und las:

„Zu der Ermordung des deutschen Kaufmannes Johannes Berger haben wir unseren Lesern heute Folgendes mitzutheilen. Es ist jetzt mit voller Sicherheit festgestellt, daß Berger nach einem Wortwechsel, an dessen Entstehung er übrigens ganz unschuldig gewesen sein soll, von dem Kommissionsärztl. und Hauseigentümer James O'Neil, einem Irländer, mit drei Revolverkugeln niedergestreckt und auf

der Stelle getödtet worden ist. O'Neil, der sofort verfolgt und sicherlich gehängt worden wäre, wenn man ihn ertwischt hätte, hat leider Gelegenheit gefunden, sich vorläufig in Sicherheit zu bringen. Da er indessen sein gesammtes bewegliches und unbewegliches Eigentum hier in Buffalo zurücklassen mußte, so ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er entweder heimlich zurückkehren oder dadurch, daß er auf andere Weise etwas von seinem Besitz zu retten sucht, seinen Aufenthalt verrathen werde. Und wir können versichern, daß die Polizei für diesen Fall ihre Augen mit ganz besonderer Wachsamkeit offen hält. Auch soll bereits ein Detektiv von Pinkertons Agentur auf die Spur des Flüchtigen gekehrt worden sein. Die geringste Unvorsichtigkeit muß ihn unsehbar verrathen. Es heißt, daß O'Neil ein eifriger Hibernier gewesen sei, und wenn auch noch nicht erwiesen ist, daß seine Zugehörigkeit zu diesem Orden und die Bluthat etwas miteinander zu schaffen haben, so besteht doch begründeter Verdacht, daß seine Genossen seiner Flucht nach Möglichkeit Vorstoß geleistet haben. Der Verkehr der hiesigen Irländer dürfte darum neuerdings schärfer als sonst beobachtet werden.“

„Ich danke Ihnen,“ sagte Dougherty, indem er ihr das Blatt aus der Hand nahm und es wieder zusammenfaltete. „Und es wird Ihnen nun vielleicht eine Ahnung aufgedämmert sein, guter Freund, weshalb ich bei der beschleunigten Abreise von Buffalo neben manchem Anderen auch meine Mitgliedskarte zurücklassen mußte.“

Jetzt riß Pat Monaghan seine kleinen Augen auf, so weit er nur konnte. „Wollen Sie damit etwa sagen, daß Sie — daß Sie —“

„Meine Karte lautete auf den Namen James O'Neil, und so viel ich weiß, wurde ich vor beiläufig dreißig Jahren drüben in Irland auch auf diesen Namen getauft.“

„Beim großen Dan, was erlebt man doch für wunder-

liche Sachen! Und es ist Alles wahr, wie es da in der Zeitung steht?“

„Wird wohl so ziemlich seine Richtigkeit haben,“ bestätigte Dougherty mit gleichmüthigem Kopfnicken, und beinahe ehrfurchtsvoll blickte Pat Monaghan jetzt zu ihm empor.

„Sie hatten also ein Geschäft in Buffalo — und sogar ein Haus?“

„Zwei Häuser,“ verbesserte der andere, „gute, einträgliche Zinshäuser, die mir schon beinahe gestatteten, sorgenfrei zu leben. — Nun, es trägt sie keiner davon, während ich fort bin, und früher oder später werde ich schon wieder zu dem Meinigen kommen. Vorläufig freilich ist nicht daran zu denken, und ich werde hier um mein tägliches Brod arbeiten müssen, wie ich's seit meiner eiligen Abreise von Buffalo in diesen zwei Monaten nun schon an den verschiedensten Orten gethan.“

„Aber haben Sie denn zu Hause nicht einen guten Freund, dem sie sich anvertrauen dürften, damit er Ihnen doch etwas von Ihrem beweglichen Besitzthum zukommen lasse?“

„O, an guten Fremden fehlt mir's nicht, und ich hätte es nur nöthig, mich an einen meiner Ordensbrüder zu wenden. Doch es ist vorderhand noch zu viel Gefahr dabei. Der Teufel weiß, in wessen Hände so ein Brief gerathen kann. Und ich glaube sie würden mir da oben übel mitspielen, wenn sie mich kriegten.“

„O, was das anbetrifft — hier bei uns sind Sie sicher. Man vergreift sich in Pittsville nicht so leicht an einem Molly-Maguire.“

„Gerade deshalb kam ich hierher, und deshalb möchte ich auch nicht wieder fort. Das einzige, was mir Sorge macht, ist die Bemerkung von dem Pinkerton'schen Detektive, den sie auf mich gekehrt haben. Mit diesen Kerlen ist nicht zu spaßen.“

Pat Monaghan lächelte, aber es war ein widerwärtiges,

